

Helikoptergeld vom Staat: Ist das auch in Deutschland sinnvoll?

Das Coronavirus erzeugt gerade bei jedem einzelnen Menschen Ängste. Auch finanzielle Ängste: vor Engpässen oder oft – wie bei vielen Kleinunternehmern – sogar vor dem Ruin. Und selbst, wer glücklicherweise über ein paar Polster verfügt, weiß: Allzu lange sollte das so nicht weitergehen. Irgendwann muss frisches Geld aufs Konto kommen. Aber wie?

In den USA soll es nun ein billionenschweres Hilfspaket für die Bürger geben. Noch vor wenigen Tagen wetterte US-Präsident Donald Trump ja gegen die europäischen Staaten und warf ihnen Versagen im Umgang mit dem neuartigen Virus vor. Er selbst twitterte dabei eifrig weiter und sprach davon, in seinem Land vieles besser zu machen:

I always treated the Chinese Virus very seriously, and have done a very good job from the beginning, including my very early decision to close the “borders” from China – against the wishes of almost all. Many lives were saved. The Fake News new narrative is disgraceful & false!– Donald J. Trump (@realDonaldTrump) [March 18, 2020](#)

Doch bekanntermaßen ist das Virus in den USA genauso wenig unter Kontrolle wie im Rest der Welt. Erste Ausgangssperren wurden verhängt, Geschäfte geschlossen und andere weitreichende Maßnahmen ergriffen. An den Börsen der Welt ist die Angst groß – auch, weil den USA ein Abrutschen in die [Rezession](#) drohen könnte.

Damit die dortige Wirtschaft weiter funktioniert, soll es nun eine besondere Maßnahme geben, die den Staats-Haushalt etwa 1,2 Billionen US-Dollar kosten würde: Jeder Bürger soll

Konsumschecks in Höhe von mindestens 1000 US-Dollar erhalten. So eine Zahlung nennt man auch „Helikoptergeld“ – eine Metapher des Ökonomen Milton Friedman von 1969, die das Abwerfen von Geldscheinen über der Bevölkerung verbildlicht. Ein solches Helikoptergeld hat im Februar schon Hongkong seinen Einwohnern ausgezahlt.



Geld geschenkt? Klingt doch toll, oder?! Hat allerdings nach Meinung vieler Wirtschaftswissenschaftler auch mehrere Haken. Denn zum einen kann kein Staat eine derartige Summe einfach so aus dem Ärmel schütteln. Das Geld müsste von [Notenbanken](#) neu gedruckt und in Umlauf gebracht werden, was jedoch das Risiko einer wachsenden Inflation mit sich bringt, also einer Entwertung des Geldes, da es schlicht keinen Gegenwert besitzt.

Zum anderen machen [Geldgeschenke](#) vom Staat ökonomisch betrachtet nur dann Sinn, wenn sie zweckgebunden und mit einem Verfallsdatum versehen sind. Ein Beispiel:

Nehmen wir an, du würdest in der jetzigen Situation 1000 Euro

vom Staat erhalten, der dich damit zum Shoppen – also zur Ankurbelung der Wirtschaft – veranlassen möchte. Aber gerade jetzt wirst du dieses Geld nicht dazu benutzen, um damit große Anschaffungen zu machen wie ein [neues Auto](#). Du wirst das Geld sehr wahrscheinlich benutzen, um in Supermärkten, Apotheken und Tankstellen die nötigsten Dinge zu kaufen oder laufende Kosten zu begleichen. Die Wirtschaft wird damit jedenfalls nicht zusätzlich angekurbelt. Viele würden das Geld auch eher für den Notfall auf die hohe Kante legen. Eine zeitlich begrenzte Gültigkeit würde zumindest dafür sorgen, dass man gezwungen ist, das Geld auszugeben. Allerdings ist es in der derzeitigen Unsicherheit eben nicht sehr wahrscheinlich, dass die Menschen das Geld im Sinne der Gesamtwirtschaft ausgeben – oder überhaupt können.

Automatische Stabilisatoren statt Geldgeschenk

Wie viele Ökonomen lehnt Ifo-Chef Clemens Fuest Direktzahlungen wie in den USA oder Hongkong für Deutschland ab – vor allem mit dem Verweise auf die Unterschiede der Sozialsysteme. In Deutschland falle durch Arbeitslosigkeit niemand ins Bodenlose – in den USA schon. „In den USA gibt es kein System der Grundsicherung wie etwa in Deutschland. Unterstützung gibt es für Menschen mit niedrigen Einkommen vor allem, wenn sie arbeiten. Genau das wird jetzt aber krisenbedingt massiv eingeschränkt“, so Fuest. „Bei uns arbeiten die automatischen Stabilisatoren wie Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld.“

Genau diese Stabilisatoren gelten allerdings nicht für die fast fünf Millionen Freiberufler und Selbstständige in Deutschland. Für die gab es am Donnerstag zumindest eine kleine gute Nachricht: Die Bundesregierung hat nämlich angekündigt, [für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmer](#) einen „Solidaritätsfond“ aufzusetzen.

Dieses Hilfspaket soll laut Finanzminister Olaf Scholz 40 Milliarden Euro umfassen, wovon 10 Milliarden als Zuschüsse ausgezahlt und 30 Milliarden als Darlehen gegeben werden sollen.